

Michael Schlecht, MdB

Gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand DIE LINKE – 2. Mai 2011

## Zur strategischen Aufstellung der Linken

In der aktuellen Diskussion der Linken um die strategische Aufstellung hört man immer wieder die Selbstkritik, dass wir mit unseren sozialen Themen zu eng aufgestellt seien. „*Mindestlohn, gegen die Rente ab 67, weg mit Hartz IV hat uns lange Zeit Erfolge beschert. Aber er reicht nicht mehr aus,*“ so Katja Kipping im Tagesspiegel vom 18. April. Klar, dies alleine hat noch nie ausgereicht. DIE LINKE war ja auch schon immer breiter aufgestellt. Zu denken sei nur an unsere Forderung nach Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und das Konzept eines sozial-ökologischen Umbaus inklusive steuerpolitischen Finanzierungsvorschlägen.

### **Mindestlohn, Renten mit 67 und Hartz IV zu schmal?**

Aber zunächst noch einmal zurück zu den vermeintlich „nicht mehr ausreichenden“ sozialpolitischen Positionen. In der Tat: Beim gesetzlichen Mindestlohn hat sich auch die SPD dieses Thema zu Eigen gemacht mit einer Forderung von 8,50 Euro.<sup>1</sup> Da hat es viel Annäherung gegeben. Die Grünen schlagen jedoch branchen- und regionalspezifische Mindestlöhne sowie eine Lohnuntergrenze von 7,50 Euro vor.

Aber gerade die Rente mit 67, die Gerechtigkeit in der Rente und vor allem Hartz IV sind für die Lebenswirklichkeit der Menschen aktueller denn je. Wir sind nach wie vor die einzigen, die an der Rente mit 65 festhalten. Die Grünen stehen bei diesem Thema so dicht an der Seite von Union und FDP, dass klein Blatt Papier dazwischen passt. Sie lei-

ern wie in den „besten“ Zeiten der SPD/Grüne-Regierung das Demografie-Scheinargument herunter. Als wenn sie die ehemaligen Reden von Müntefering zum x-ten Male wiederholen wollten.

Und Hartz IV ist nach wie vor das eigentliche sozialpolitische Megathema. Es geht ja hierbei nicht „nur“ um fünf Millionen unmittelbar betroffene Menschen. Es geht um 20 bis 30 Millionen Erwerbstätige.

Sie alle wissen, dass sie bei Verlust des Arbeitsplatzes nach einem Jahr in ein tiefes Loch fallen. Nicht nur, dass „Armut per Gesetz“ droht. Nicht nur, dass sie ihr in einen langem Arbeitsleben erarbeitetes Häuschen oder die Eigentumswohnung verkaufen müssen. Nein, sie wissen, dass sie zu jedem miesen und schlecht bezahlten Job gezwungen werden können. Für 2,50 das Klo putzen, für 3,50 den Hof kehren, das ist die Ansage.

Ohne Rücksicht auf die bisherige berufliche Biografie, ohne Rücksicht auf bisherige Tätigkeiten und Qualifikationen droht die Entwürdigung. Dies alles weil SPD/Grüne, die Steinmeiers, Künasts und Trittins den Zumutbarkeitsschutzes durch Hartz IV abgeschafft haben.

Und es geht ja eigentlich um die gesamte Agenda 2010. Für junge Leute ist es heute schon fast eine Selbstverständlichkeit, dass sie nach der Ausbildung bestenfalls nur eine befristete Anstellung, wenn nicht sogar nur ein Praktikum nach dem anderen erhalten.

„Was, früher bekam man nach dem Gesellenbrief einen unbefristeten Job? Wahnsinn!“ Das bekommt man zu hören von jungen

<sup>1</sup> [http://www.spd.de/aktuelles/News/4990/20101008\\_8\\_50\\_mindestlohn\\_ist\\_angemessen.html](http://www.spd.de/aktuelles/News/4990/20101008_8_50_mindestlohn_ist_angemessen.html)

Leuten. Hinzu kommt das ganze Elend der Leiharbeit, besser „Sklavenarbeit“. Man bekommt 30 bis 50 Prozent weniger als der Kollege aus der „Stammebelegschaft“. Und man kann jederzeit rausfliegen. Die relative Arbeitsplatzabsicherung durch Kurzarbeit in der Krise 2009 galt nicht für Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen.

Und dann die Mini-Jobs. Davon kann man nicht leben und nicht sterben. Fünf Millionen Menschen, davon 80 Prozent Frauen sind darauf angewiesen ihren Lebensunterhalt nur mit Mini-Jobs abzusichern. Und sie werden in der Regel mit mickrigen Löhnen bezahlt. Als Trost gilt dann: „Ist ja netto gleich brutto.“

Rente mit 67, die Rentenerhöhungen unterhalb der Preissteigerungsrate, die drohende, massiv anwachsende Altersarmut gerade wegen der vielen prekären, nur mit Hungerlöhnen bezahlten Jobs, all dies sind Probleme, die tief die Gesellschaft durchziehen.

### **Blockierter sozialer Widerstand**

Diese Missstände sind nach wie vor manifest, werden eher brisanter. Aber es gibt ein anderes Problem: Wie gehen die Betroffenen mit ihrer Not um? Es reicht von Resignation, gerade bei vielen schon lange Erwerbslosen, bis hin zu Wut, Angst, aber auch Ohnmacht vieler Beschäftigter.<sup>2</sup>

Wir haben es mit einer Form von Blockade zu tun. An dem Verlauf der Herbst-Aktionen 2010 der Gewerkschaften kann man dies gut illustrieren. Zum ersten Mal wurde konse-

quent eine breite Strategie der betrieblichen Aufklärung durchgezogen. Seit September gab es in tausenden Betrieben Informationen im Rahmen von Betriebs- und Personalversammlungen und sonstigen Aktivitäten. Insgesamt erreichten die Gewerkschaften rund drei Millionen Beschäftigte.

Dann wurden die Proteste durch Kundgebungen und Demonstrationen auf die Straße gebracht. Zu erwähnen ist die Veranstaltung gegen Sparpaket und Atompolitik mit 6500 Menschen in Salzgitter Ende September. Richtig los ging es mit den Demonstrationen am 6. November in Hannover. Der Höhepunkt war am 13. November mit Veranstaltungen und Kundgebungen in Erfurt, Nürnberg, Dortmund und Stuttgart. Insgesamt beteiligten sich an diesem Tag rund 100.000 Menschen. Die größte Veranstaltung war in Stuttgart mit knapp 50.000 Beteiligten. Nimmt man alle Aktionen zusammen, so gingen rund 200.000 Kolleginnen und Kollegen auf die Straße.

Das war jedoch nicht der „heiße Herbst“. Bestenfalls lauwarm. Wie gesagt: drei Millionen wurden in den Betrieben erreicht, aber nur 200.000 gingen auf die Straße.

Dabei waren die Empörung und die Mobilisierungsfähigkeit vor Jahren schon höher. Am 3. April 2004 hatten die Gewerkschaften zu drei zeitlich parallel stattfindenden Großdemonstrationen gegen die Agenda 2010 aufgerufen. Insgesamt 500.000 Menschen waren damals auf der Straße. Danach gab es die Bewegung der Montagsdemonstrationen. Der DGB hat diese Bewegung damals nicht konsequent unterstützt, man überließ die Beteiligung unteren Organisationsebenen. Dass die Bewegung letztlich folgenlos wieder im Sande verlief hing mit Sicherheit nicht ursächlich an der halbherzigen Beteiligung der Gewerkschaften. Eine weitere größere politische Bewegung war zu Beginn

<sup>2</sup> Ein absolut spannender und wichtiger Text, also fast als Pflichtlektüre gelten: Richard Detje u.a., Krise ohne Konflikt, VSA-Verlag. In dem Buch werden die neuesten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zur Entwicklung des Alltagsbewusstseins, gerade auch in der Krise der letzten Jahre dargestellt. Hinzu kommen Ergebnisse aus eigenen Gesprächsrunden mit Vertrauensleuten und Betriebsräten aus dem Organisationsbereich der IG Metall.

2007 der Kampf gegen die Rente mit 67. Rund 300.000 Metaller haben damals in mehreren Wellen während der Arbeitszeit protestiert. Aber auch dieser Kampf wurde nach wenigen Monaten aufgrund nachlassender Mobilisierungsfähigkeit erfolglos beendet. Viele Protestierende waren enttäuscht und mutlos, als nach zwei oder drei Aktionen die Regierung keine Korrekturbereitschaft erkennen ließ. Die Puste zum längeren Durchhalten fehlte. Danach gab es eigentlich nur noch eine wirklich gewichtige Demonstration. Im Mai 2009 demonstrierten 100.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen die Folgen bzw. ungenügende Reaktion der Regierung auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. Aber diese Veranstaltung blieb eine einzeln stehende Manifestation ohne Folgen und Fortsetzung.

Am Beispiel Stuttgart 21 zeigt sich sehr wohl, dass Druck der Straße in der Lage ist Einfluss auf Regierungshandeln zu nehmen. Das besondere der Proteste gegen dieses Bahnprojekts ist die Beständigkeit und Intensität der Proteste. Seit Ende 2009 wird regelmäßig montags und auch immer wieder samstags oder freitags demonstriert. Von Ende Juli 2010 bis in den Herbst hinein waren rund 250.000 Menschen mindestens einmal aktiv an einer Demonstration beteiligt.

Bemerkenswert ist auch: Es gab keine Großorganisation zur Mobilisierung. Der Protest wuchs aus dem Alltagsleben heraus. Dabei geht es nicht nur um den „Bahnhof“, sondern auch um die sozialpolitischen Rahmenbedingungen und den zunehmenden Mangel an demokratischer Einflussnahme.

Stuttgart 21 schärft den Blick darauf, dass mehr als lauwarmer Herbstaktionen möglich sein können. Zwei Tatbestände sind offensichtlich, die Stuttgart 21 befördert haben: Zum einen handelt es sich um ein konkretes, begrenztes und sinnlich erfahrbares Problem

bzw. Ziel. Zum anderen ist das Eintreten gegen den Umbau des Bahnhofes in der Regel mit weniger persönlichen Gefahren verbunden als der Kampf gegen die Regierung aus dem Betrieb heraus. Der Kampf gegen die Tieferlegung eines Bahnhofes ist handgreiflicher, konkreter fassbarer als die Auseinandersetzung mit der Regierung um die Agenda 2010.

Die Blockade, die Defensive der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften im Kampf gegen die beständigen sozialen Verschlechterungen, gegen die Agenda 2010 führt zum Teil zu der Frage, ob DIE LINKE „auf das richtige Pferd“ gesetzt hat. Oder zumindest ob nicht viele andere Themen und soziale Gruppen viel wichtiger seien.

Einen Demokratischen Sozialismus, der das jetzige kapitalistische Wirtschaftssystem überwindet, wird es nur gegeben, wenn ein immer größerer Teil der Bevölkerung aus ihrem Alltagsleben heraus die Notwendigkeit dieser Überwindung erfährt. Im Zentrum werden dabei die Beschäftigten stehen, vor allem die vom Kapital angestellten. Denn in ihrer Lebenslage drückt sich die Entfaltung der inneren Widersprüche dieser Gesellschaftsordnung am deutlichsten und eindringlichsten aus. Zudem wird eine Überwindung der jetzigen Gesellschaftsordnung nur gelingen, wenn gerade ein hinreichender Teil der unmittelbaren Produzenten dies aktiv will und bereit ist, sich dazu hingetrieben fühlt, im kollektiven Handeln die Produktionsverhältnisse schrittweise neu zu gestalten.

Deshalb kommt man an dem gesellschaftlichen und historischen Subjekt „der Arbeiterklasse“ nicht vorbei. Deshalb hat auch die formationsspezifische Arbeit eine solch zentrale Bedeutung für eine sozialistische Strategie. Ob ihre Umgestaltung gelingt, das ist die entscheidende Frage für die Transformation dieser Gesellschaftsordnung.

Aufgrund dieser Zusammenhänge ist der gegenwärtige Zustand der sozialen Bewegung, der sozialen Proteste und der gewerkschaftlichen Bewegung so bedrückend. Weil Sozialisten diesem Problem nicht entgegen können.

Wie eine große und breite Bewegung gegen die mit der Agenda 2010 verbundenen Verschlechterungen möglich sein kann, das ist die große aktuelle Frage und die fortwährende zentrale Aufgabe der Linken!<sup>3</sup>

Wenn die sozialen Auseinandersetzungen gegenwärtig „etwas unterkühlt“ ablaufen, dann ist es natürlich kein Wunder, dass eine Partei wie DIE LINKE, für die die Auseinandersetzung mit sozialen Problemen ein zentrales Anliegen ist, sich nicht in einem fulminantem Aufschwung befindet. Dies hat aber nichts damit zu tun, dass „*die Gesellschaft ... sich mehr in die Mitte orientiert,*“ wie Katja Kipping es einschätzt.

### **Sozial-ökologische Umbau**

Wo man zurzeit auch hinhört, welchen Debattenbeitrag man auch liest: Der Linken fehle eine Konzept für den sozial-ökologischen Umbau. Da fragt man sich schon, wie Beschlusslagen eigentlich rezipiert worden sind. Oder mehr selbstkritisch: wie und ob wir ausreichend unsere beschlossenen Positionen in die eigene Mitgliedschaft hinein verbreiten.

DIE LINKE fordert mindestens seit dem Cottbusser Parteitag im Frühjahr 2008 ein Zukunftsprogramm, das der Sache nach auch das Adjektiv „sozial-ökologisch“ verdient.<sup>4</sup> Nach dem letzten Stand soll mit 125

<sup>3</sup> Als Randbemerkung: Wenn die Rückabwicklung der Agenda 2010 und das damit verbundene Lohndumping in Deutschland in absehbarer Zeit nicht gelingen sollte, dann droht Europa auseinanderzufallen.

<sup>4</sup> <http://die-linke.de/partei/organe/bundesausschuss/bundesausschuss20082010/beschluesseunder>

Milliarden Euro jährlichen Mehrausgaben unser Land umgebaut werden.<sup>5</sup>

Dabei geht es natürlich auch um den ökologischen Umbau. Es geht um einen massiven Schub für alternative Energieerzeugung. Dafür sind erhebliche öffentliche Investitionen notwendig. Um möglichst effizient diesen Umbau voranzubringen müssen profitorientierte Entscheidungsprozesse zurückgenommen werden. Deshalb will DIE LINKE die Rekommunalisierung der Energieerzeugung, den Auf- und Ausbau von Stadtwerken in öffentlicher Trägerschaft. Die „Eigentumsfrage“ ist so durch dekliniert eine Schlüsselfrage gerade beim Umbau der Energieversorgung. Wir wollen zudem die ökologische Umstellung der Produktion und Betriebe hierbei unterstützen. Gleichzeitig sollen die Beteiligungsformen im Hinblick auf Eigentum und Mitsprache der Belegschaften gestärkt werden.

DIE LINKE will durch das Zukunftsprogramm mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen. Eine Million davon tariflich bezahlt im öffentlichen Dienst. Unter anderem für mehr Erzieher und für mehr Lehrerinnen. Wir brauchen vor allem mehr Kitaplätze, bessere Schulen mit kleinen Klassen bzw. Lerngruppen sowie eine bessere personelle Ausstattung der Universitäten. Und im Bereich der Kultur, Gesundheit, gesellschaftliche Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge herrschen viele Missstände, die beseitigt werden müssen.

Soweit eine kurze Skizze der inhaltlichen Ziele. Wobei auf viele Fragen der Ausgestal-

---

klärungen/ fuereinenwirtschaftspolitischenueanfangprogrammgegendiewirtschaftsundfinanzkrise/  
[http://die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2008/beschluss\\_67-2008\\_schutzschirm\\_fuer\\_die\\_menschen.pdf](http://die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2008/beschluss_67-2008_schutzschirm_fuer_die_menschen.pdf)

<sup>5</sup> [http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/beschluesse/auswege\\_ausderkrisedaslinkegegenkonzeptzumsparpaketderbundesregierung/](http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/beschluesse/auswege_ausderkrisedaslinkegegenkonzeptzumsparpaketderbundesregierung/)

tung auch auf externen Sachverstand zurückgegriffen werden sollte. Zum Beispiel AKW-Abschaltung. So hat DIE LINKE sich zunächst nicht festgelegt, wie schnell die Abschaltung der verbleibenden 14 Reaktoren erfolgen soll. Dazu kann man sich Rat von den fortschrittlichsten Experten holen. Es ist doch kein Armutszeugnis, wenn man nicht beratungsresistent ist.

Eine Frage beim sozial-ökologischen Umbau ist für DIE LINKE vollkommen klar: Es wird viel Geld kosten. Wir sind die einzige politische Kraft in Deutschland, die dieses Geld durch eine massive Umverteilung von oben nach unten beschaffen will. Grün-Rot in Baden-Württemberg hat keine Idee woher sie die acht Milliarden Euro nehmen soll, die nach Auskunft des mittlerweile in öffentlicher Hand befindlichen Energieversorgers EnBW notwendig sind um den Ausbau regenerativer Energie voranzubringen. Rot-Grün beugt sich dem Diktat der Schuldenbremse und in Ermangelung von fehlenden Ideen bei den Einnahmen werden keine neuen Lehrerstellen geschaffen. Vielmehr sollen am Ende der Legislaturperiode Lehrstellen gestrichen werden! Der grüne Ministerpräsident will die Mobilität im Lande umbauen; weg vom benzinverbrauchenden PKW hin zu anderen Mobilitätsformen. Geld, um dies auch staatlicherseits zu befördern ist leider nur in homöopathischen Dosen vorhanden.

Kurzum: Neben der Frage der öffentlichen Kontrolle ist das Geld entscheidend für den sozial-ökologischen Umbau. Dies herauszustellen ist das linke Alleinstellungsmerkmal! Wer den sozial-ökologischen Umbau den „Marksteuerungen“ überlassen will vergackert das Publikum und wird Schiffbruch erleiden. Die Vorstellung von Bischoff/Radtke teile ich nicht: *„Allerdings sehen wir die reelle Chance, dass die Grünen durch direkte Regierungsbeteiligung oder indirekten gesell-*

*schaftlichen Druck einen ökologischen Umbau der kapitalistischen Produktionsstrukturen voranbringen.“*<sup>6</sup>

DIE LINKE will ein Steuerkonzept, mit dem 180 Milliarden Euro Mehreinnahmen erzielbar sind. Herzstück ist die Wiedereinführung der Vermögensteuer in Gestalt der Millionärsteuer. Vermögen soll bis zu einer Million steuerfrei bleiben und darüber hinaus gehendes Vermögen soll mit fünf Prozent besteuert werden. Absehbare Mehreinnahmen belaufen sich auf 80 Milliarden Euro. Eine derartige Vermögensteuer ist eine Ländersteuer, sie fließt also direkt in die Kassen der Landeshaushalte. Jedoch ist dies nur durchsetzbar auf Bundesebene unter Mitwirkung des Bundesrates.

#### **Wie halten wir es mit den Hartz-IV-Parteien?**

*„Rot-Grün-Rot ist ausgeträumt. Die deutsche Sozialdemokratie will das aus inhaltlichen Gründen nicht, und die Grünen werden - sollte es für Rot-Grün nicht reichen - immer einer einfachen Zweierkoalition mit der CDU einem komplizierten Dreiecksverhältnis mit der Linkspartei den Vorzug geben. Die Linkspartei ist für eine Bundesregierung aus dem Spiel. Sie hat sich selbst aus dem Spiel gebracht und löst sich in der Bundespolitik ja gerade auf. Wir können nicht mit einer Partei koalieren, bei der niemand weiß, was für eine Partei sie ist,“* so der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel am 18. April in der WELT.

Ich hoffe es ist nicht zu polemisch: Und wer „träumt“ jetzt in der Linken noch von Rot-Grün-Rot? Vielerorts setzt Ernüchterung ein. Das war so im Saarland, als die Regierungsbildung unter Einschluss der Linken an einer korrupten grünen Partei scheiterte. In Thüringen war es dann die SPD, die das

<sup>6</sup> Bischoff/Radtke: Zur aktuellen Strategiedebatte der Linken, 20.4.2011

Bündnis mit der Linken verweigerte. Auch in Sachsen-Anhalt wird von den linken Spitzenkandidaten im Nachgang betont, dass die SPD von vornherein einen „*Politikwechsel mit der Linken als Bündnispartner (nicht) in Erwägung gezogen*“ habe, so die Magdeburger Volkstimme.

In der Tat, spätestens jetzt, insbesondere nach den Ausführungen von Gabriel wird deutlich, dass alle Vorbereitungen eines Rot-Rot-Grünen-Bündnisses, mehr als zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl bestenfalls nette Sandkastenspiele sind. Schlimmstenfalls Selbsttäuschungen, die DIE LINKE eher davon abhalten könnte konsequente Oppositionsarbeit zu machen. Und zwar Oppositionsarbeit gegenüber allen Hartz-IV-Parteien! Bei der Ansage von Gabriel sich den Luxus von irgendwelchen Bündnisträumereien zu leisten ist fahrlässig, klare Positionierungen sind gefragt. Nur so gewinnt DIE LINKE Profil. Nur durch klare Positionierungen bleiben wir für die Interessenvertretung von vielen klar erkennbar.

Dabei geht es nicht um Radikalisierung, sondern um klare, an den Alltagsorgen der Menschen ansetzende Positionierung unserer Politik, unserer politischen Vorschläge.

Nach den heutigen Umfragen werden wir voraussichtlich für die Bundestagswahl 2013 eine ähnliche Konstellation bekommen, wie wir sie aus der baden-württembergischen Landtagswahl im Frühjahr 2011 kennengelernt haben.<sup>7</sup> Wir müssen mit einer Wechsel-

---

<sup>7</sup> Das schlechte Abschneiden bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg hing auch mit der politischen Wechselstimmung zusammen. Es bestand die Chance Mappus abzuwählen. Da in den Umfragen DIE LINKE in den Wochen vor der Wahl fast durchgängig bei vier Prozent gehandelt wurde, habe sehr viele Wählerinnen und Wähler, die mit der Linken sympathisierten, sich entschieden Grün zu wählen. Es kam hinzu, dass zum Teil nicht auf Rot-Rot-Grün gesetzt wurde, weil die Gefahr bestand, dass letztlich die SPD

stimmung für SPD/Grüne rechnen. Die Union in Tateinheit mit der FDP wird möglicherweise als ein noch größeres Schreckgebilde erscheinen als heute, gleichwohl kann es ein Rennen mit offenem Ausgang sein. Die Stimmung: „Bloß weg mit Merkel“ birgt die Gefahr in sich, dass Sympathisanten der Linken SPD/Grüne wählen. Wenn aus der Linken heraus SPD/Grünen als dem bevorzugten Partner nachgetrauert wird, dann unterstützen wir die Stimmabgabe für diese beiden Parteien. Mit dem Ergebnis, dass sich 1998 zu wiederholen droht, wenn nicht gar 2002.

Egal welche Formation 2013 die Regierung stellen wird – Union/FDP, SPD/Grüne oder sonst irgendein Farbenspiel – wir müssen alles dran setzen mit der Linken als starke Opposition in den Bundestag einzuziehen. Das muss unser primäres strategisches Ziel sein! Sollte sich im Lichte der konkreten Wahlergebnisse die arithmetische Möglichkeit einer Beteiligung an einer neuen Formation ergeben, so besteht immer noch die Möglichkeit diese politisch auszuleuchten. Aber dann aus einer Position der Stärke heraus! Einer Stärke bezüglich der Mandate und einer Stärke bezüglich der politischen Positionierung.

Für uns muss weiterhin gelten: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land. Gerade wenn SPD/Grüne an die Macht kommen sollten, gilt dies in besonderer Weise. Weil gerade diese beiden Parteien und DIE LINKE bei den Wählern bzw. Wählerinnen recht große Überschneidungsflächen haben. Viel stärker als Union/FDP mit der Linken. Deshalb werden SPD/Grüne bei einer starken linken Opposition nicht unerheblich Rück-

---

doch mit der CDU das Bündnis suchen würde. Eine Stimme für DIE LINKE schien vielen eine verlorene Stimme zu sein oder zu einem ungewünschten Ergebnis zu führen.

sicht nehmen werden. DIE LINKE ist gewissermaßen die parlamentarische Kontrolle, dass die vermutlich illustren Wahlversprechen von SPD und Grünen auch einigermaßen eingehalten werden. DIE LINKE ist der Ausbremsler, dass sich 1998ff. nicht wiederholt. Wenn wir das schaffen, dann hätten wir uns um die Lebensinteressen der Menschen sehr verdient gemacht.

Im Grundsatz muss gelten: Alle vier Parteien sind Konkurrenten. Wir sollten uns immer von politischen Sachfragen in unserer Haltung leiten lassen. In Einzelfällen kann dann sogar eine größere Nähe zu Union und FDP bestehen als zu SPD und Grünen. Die UNO-Resolution zu Libyen ist solch ein Fall. Und man sollte sich nie Illusionen über SPD und Grüne hingeben. Wir wissen doch aus der Vergangenheit, dass SPD und Grüne in Regierungsbündnissen noch entschiedener als Union und FDP Politik gegen breite Teile der Bevölkerung machen können. Es kann doch niemand vergessen, wer mit deutschen Kriegseinsätzen begonnen hat. Neben dem Sozialdemokraten Schröder der Pazifist Fischer! Von der Agenda 2010 ganz zu schweigen.<sup>8</sup>

SPD und Grüne versuchen die negative Erinnerung an die Jahre 1998 bis 2005 bzw. bis 2009 verblässen zu lassen und setzen auf die Vergesslichkeit der Wählerinnen und Wähler. Da die Grünen bereits seit sechs Jahren in der Opposition sind, gelingt ihnen dies am Besten. Und wenn das Anti-AKW-Thema durch die schrecklichen Ereignisse in Japan wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird, dann haben sie es leicht von dieser Entwicklung zu profitieren. Seit ihrer Gründung stehen die Grünen für die Ablehnung der Kernenergie.

Dies wird auch nicht durch das Versagen in der SPD/Grünen-Regierung beeinträchtigt. 1998 wollte man „so schnell wie möglich aus der Atomenergie aussteigen.“ Sieben Jahre waren zu kurz für „schnell“. Hätten SPD und Grüne, vor allem der damalige Umweltminister Trittin ihre Wahlversprechen eingelöst, so bräuchte heute niemand Angst vor deutschen AKW zu haben. Wäre der Ausstieg in dieser Zeit vollzogen oder zumindest unumkehrbar angelegt worden, hätte Merkel 2010 keine Laufzeitverlängerung durchdrücken können. Dann wäre der Atom-Ausstieg nicht zu dem großen Thema geworden, von dem die Grünen jetzt profitieren. Das Versagen von damals gereicht den Grünen heute zum Vorteil.

Die SPD versucht den Abstand zu ihrer Regierungszeit vor allem durch Positionverschiebungen in sozialpolitischen Fragen zu gewinnen. Sie tritt ein für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Die SPD will den Beginn des Stufenplanes zur Einführung der Rente mit 67 um vier Jahre verschieben, beharrt jedoch wie zu Zeiten Münteferings auf der vermeintlichen Notwendigkeit der „67“ bis 2029. In der Leiharbeit rückt sie auch von ehemaligen Positionen ab und will vor allem die gleiche Bezahlung – equal pay –, jedoch mit einer Einarbeitungszeit durch Modifikation des Tarifvorbehaltes erreichen. Dies ist in der Tat ein neuralgischer Punkt bei der Leiharbeit, auch wenn die Forderungen der Linken umfassender und weiterreichender sind. Von einer Reregulierung der Minijobs ist bislang bei der SPD nichts bekannt. Vor allem gibt es praktisch keine Modifikation der SPD-Position beim Arbeitslosengeld II. Es wurde zwar eine weitere Erhöhung um drei Euro bei der Grundsicherung ab 2012 im Vermittlungsausschuss erreicht. Dies wird aber nicht als Erfolg, sondern eher als Verhöhnung der Betroffenen

<sup>8</sup> Wer vieles schon vergessen hat, dem empfehle ich als Nachtlektüre das neue Buch von Jutta Ditfurth, Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen, Rotbuch.

empfunden. Bei den Hartz IV Sanktionen gibt es bei der SPD keinerlei Umdenken.

Durch faktische Positionsveränderungen und der Vergesslichkeit des politischen Publikums gelingt es SPD und Grünen ihre gemeinsame Regierungszeit immer mehr in den Hintergrund treten zu lassen. Im Grundsatz war das nicht anders zu erwarten. Damit hat auch das Alleinstellungsmerkmal der Linken gelitten.

Dieser Mechanismus ist auch bekannt aus der Zeit der Partei „Demokratische Sozialisten“ (DS). Die Initiative entstand zu Beginn der 1980er Jahre ähnlich wie die WASG: aus Kritik an der herrschenden SPD-Regierungspolitik in friedens- und sozialpolitischen Fragen. Die DS war wie die spätere WASG vor allem auch ein Sammelbecken enttäuschter Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Zur Parteigründung kam es jedoch erst im November 1982. Zuvor hatte im Spätsommer die FDP die sozialliberale Koalition verlassen und mit der CDU ein Bündnis eingegangen.

Ab dem Zeitpunkt geriet die SPD wieder in die Opposition und entwickelte zunehmend regierungskritischere Positionen. Positionen, die zum Teil die DS zum Alleinstellungsmerkmal machen wollte. Die SPD-Stammwählerschaft wandte sich ihr wieder vermehrt zu. Die DS wurde sehr bald zerrieben und konnte immer weniger eine eigenständige Politik machen. Das Projekt war spätestens bei der Bundestagswahl 1983 erledigt.

Aus diesem historischen Vergleich wird deutlich, dass die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Linken sich neben SPD und Grünen als Oppositionspartei mit eigenständigem Profil zu behaupten zu einem guten Teil ein objektives Problem ist. Gleichwohl muss es darum gehen, mit diesem Problem umzugehen und die eigene Position zu optimieren. Die Diskussion hierüber muss intensiviert werden.

Folgende Punkte können dabei für DIE LINKE Ausgangspunkte sein:

- Unsere sozialpolitischen Themen müssen wir weiter zuspitzen. Vor allem in den Punkten, in denen wir noch das weitgehendste Alleinstellungsmerkmal haben müssen wir die Position schärfen und immer wieder die Auseinandersetzung suchen. Hierunter fällt zum Beispiel die Rente und das Renteneintrittsalter mit 67, das Arbeitslosengeld II bezüglich der materiellen Ausgestaltung und des Sanktionssystems. Ebenfalls ist gerade auch unter frauenpolitischen Gesichtspunkten die Überwindung des Systems geringfügiger Beschäftigung – Mini-Jobs – von zentraler Bedeutung; bei der SPD gibt es hierzu bislang keine Bewegung.
- DIE LINKE sollte selbstbewusst mit unserem Konzept des sozio-ökologischen Umbaus aufzutreten und vor allem die neuralgischen Punkte, in denen wir ein Alleinstellungsmerkmal haben, herauszustellen. Zum Beispiel: Rekommunalisierung und öffentliche Kontrolle der Energieversorgung, sowie der Millionärssteuer inklusive unseres steuerpolitischen Konzeptes.
- Bei jeder sich bietenden Gelegenheit muss dem Vergessen über die SPD/Grüne Regierungszeit entgegen gewirkt werden. Dies darf nicht das allein beherrschende Thema sein, dass DIE LINKE kommuniziert, es muss wohl dosiert sein und es muss gegen die „richtigen“ Personen gerichtet sein. Wenn Gabriel im Parlament sich hinstellt und Fehler eingesteht, die zu korrigieren sind bietet er wenig Angriffsfläche. Aber wenn der Architekt der Agenda 2010 diese als Ursache für alles Positive der Gegenwart feiert, dann ist Attacke angesagt.